

Das deutsche Dilemma mit dem Windrad-Schrott



Von **Christoph Lemmer**
Freier Mitarbeiter

Veröffentlicht am 13.11.2025 | Lesedauer: 6 Minuten



Gesprengter Turm eines 20 Jahren alten Windrads in Werl (Nordrhein-Westfalen)

Quelle: picture alliance/Jochen Tack

Windräder halten nur etwa 20 Jahre. Ihre Entsorgung ist schwierig – und hierzulande wenig geregelt. Ein Unternehmer sitzt jetzt in U-Haft, weil er 700 Tonnen Schrott in Tschechien entsorgt haben soll. Sein Fall wirft ein Schlaglicht auf ein großes Problem im Zuge der Energiewende.

Was tun mit ausgedienten Windrädern? Die Frage ist angesichts der schieren Menge an Material relevant und beschäftigt derzeit die Staatsanwaltschaften im oberpfälzischen Weiden und im tschechischen Bruntal. Zwei Männer sitzen in Untersuchungshaft: der Unternehmer Michael Roth und einer seiner Mitarbeiter. Einbezogen in die Ermittlungen ist auch das Zollfahndungsamt München.

Nach derzeitigem Stand geht es um 700 Tonnen Müll. Es dürfte aber noch mehr werden. Der betreffende Unternehmer soll seit 2022 „in jedenfalls 21 Fällen sowohl gefährliche als auch nichtgefährliche Abfälle ins europäische Ausland verbracht“ haben, heißt es amtsdeutsch in einer schriftlichen Mitteilung der Staatsanwaltschaft. Weder habe er dafür Genehmigungen der zuständigen Bezirksregierung der Oberpfalz gehabt noch die Transporte gemeldet. Sein tschechischer Mitarbeiter soll illegale Abladeplätze in seinem Heimatland ausgekundschaftet haben.

Bei dem Material handelt es sich laut Staatsanwaltschaft um „ein Gemisch von Fiberglas, Gummi und Metallen sowie anderen Materialien, Glasfaserresten aus Windkraftpropellern und Flugzeugteilen, diversen Kunststoffen, Metallen, Holz, Papier, Keramik, Steine und Elektro- und Elektronikschrott“. Auf Fotos des Zollfahndungsamtes sind Rohrsegmente und Rotoren von Windkraftanlagen zu erkennen.

Nach WELT-Informationen handelt es sich bei der betreffenden Firma um die Roth International GmbH. Die wurde am 25. Juli dieses Jahres liquidiert. Da liefen die Ermittlungen bereits mehrere Monate. Im tschechischen Jirikov (Georgswalde), gut 20 Kilometer südlich von Bautzen (Sachsen), hatten sich Anwohner über anwachsende illegale Müllhalden beschwert. Bürgermeisterin Barbara Siskova persönlich stellte sich mit ihrem Auto in den Weg, als weitere Lkw mit Müll anrollten, und erstattete Anzeige.



Jirikovs Bürgermeisterin Barbara Siskova

Quelle: picture alliance/CTK/Vladimir Prycek

Die Ermittler in Tschechien kamen schnell dahinter, dass die Abfälle aus Deutschland stammten und woher. Damit geriet die Firma mit Sitz in bayerischen Schwandorf ins Visier der deutschen Behörden. Im August nahm die Polizei zuerst den Chef und dann auch den tschechischen Mitarbeiter fest.

Der Fall wirft ein Schlaglicht auf eine wenig beachtete Folge der Energiewende. Für Windkraft sind enorme Materialmengen nötig. Allerdings halten die Anlagen nicht besonders lange und müssen nach dem Ende ihrer Betriebszeit auch wieder abgebaut werden.

Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden 210 Windanlagen beseitigt, teilt der Bundesverband Wind-Energie (BWE) auf WELT-Anfrage mit. Im gesamten Jahr 2024 waren es 555 Anlagen. Die Materialmengen sind gigantisch. Derzeit sind in Deutschland etwas mehr als 30.000 Windräder (<https://strom-report.com/windenergie/>) installiert. Mehr als 10.000 Anlagen sind 20 Jahre alt oder älter – und damit demnächst am Ende ihres Betriebs. Im Mittel werden sie nach 21 Jahren abgebaut, wie aus einer Aufstellung des Umweltbundesamtes (UBA) (<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/entwicklung-eines-konzepts-massnahmen-zur-sicherung>) hervorgeht.

Dass die Anlagen nur gut 20 Jahre halten, begründet ein BWE-Sprecher mit technischen Gegebenheiten. „Insbesondere die beweglichen Komponenten sind dabei, wie alle beweglichen Maschinenteile, Verschleiß unterworfen“, heißt es in der Antwort an WELT.

Als schwierig gilt vor allem die Entsorgung der Rotoren. Sie bestehen aus den Verbundstoffen CFK und GFK. Auch hier sind die Mengen immens. Bis zum Jahr 2040 rechnet das UBA kumuliert mit 589.000 Tonnen allein für CFK. Dafür existiere „bis dato keine industrielle Lösung“. Hinzu kommen laut einer UBA-Studie 835.000 Tonnen Stahl und 5,5 Millionen Tonnen Beton.

Die Kosten für die Entsorgung von Windrädern sind immens. Die Organisation Greenpeace schätzt sie je nach Größe auf 160.000 bis 305.000 Euro (<https://www.greenpeace.de/publikationen/Studie%20Windkraft-Rückbau.pdf>) pro Anlage. Andere Schätzungen reichen bis zu 500.000 Euro.

Die Entsorgungsbranche macht Gewinn

Für die Entsorgungsbranche ist die Energiewende darum ein lukratives Geschäftsfeld. Das gesteht ein Verbandslobbyist gegenüber WELT auch offen ein. Der Weidener Unternehmer Michael Roth, gegen den jetzt die Staatsanwaltschaft ermittelt, erkannte das womöglich schon sehr früh. Er gründete seine Entsorgungsfirma Roth International bereits im Jahr 2013, wie aus den über die Datenbank Northdata abrufbaren Handelsregistereinträgen hervorgeht.

Sein geschäftliches Interesse an Windkraft zeigt eine zweite Firmengründung – Tree Windenergie UG. Nach Aussage eines früheren Geschäftsfreundes wollte Roth mit dieser Firma selbst Windräder bauen. Er habe sich Profite aus den vom Staat garantierten Abnahmepreisen für Strom erhofft. Roth konnte dazu nicht befragt werden. Seine Anwältin ließ auf WELT-Anfrage ausrichten, er wolle sich nicht äußern. Tree Windenergie existierte nur wenige Jahre. Offenbar lief das Geschäft nicht.

Roths Entsorgungsunternehmen fasste dagegen zunächst Fuß. 2016 verbuchte es zum ersten Mal nennenswerten Gewinn – 102.000 Euro laut veröffentlichter Bilanz. Die Jahre danach verliefen unterschiedlich. 2017 blieben nur 12.221 Euro Gewinn. Das beste Jahr war 2019 mit 346.000 Euro. Im Jahr darauf verbuchte er einen leichten Verlust, erholte sich davon aber bis 2022.

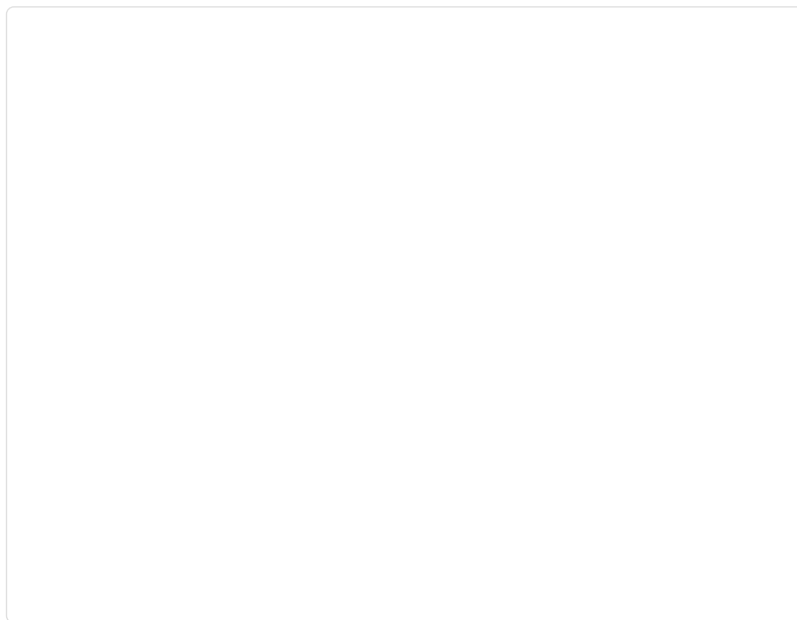
Das war das Jahr, in dem laut Staatsanwaltschaft die illegalen Geschäfte begannen – und zugleich das Jahr, in dem Roth möglicherweise zum ersten Mal Geld von der Öffentlichen Hand bekam, nämlich von der Bayerischen Beteiligungsgesellschaft (BayGB) – eine Fördereinrichtung des Freistaats Bayern, angesiedelt beim Landeswirtschaftsministerium. Die beteiligte sich an Roth International mit einer stillen Einlage.

Ein Fachportal der Recyclingwirtschaft (<https://www.recyclingmagazin.de/2022/02/03/stille-beteiligung-der-baybg-bei-roth-international/>) schrieb dazu, das Geld sei für eine „Sprunginvestition“ gedacht. Roth ließ eine riesige Halle (<https://eu-recycling.com/Archive/43703>) mit fast 5.000 Quadratmetern Fläche auf seinem Gelände errichten. Dort sollte, so das Fachportal, eine „weltweit in dieser Form einmalige Anlage zur Verwertung von Lithium-Ionen-Batterien“ entstehen. Überdies habe Roth zusammen mit dem Fraunhofer-Institut neue Verfahren für die Entsorgung von CFK- und GFK-Material entwickelt.

Die Höhe der stillen Beteiligung ist nicht zu erfahren. Die BayBG lehnte es ab, WELT dazu zu antworten. Begründung: Man kommentiere einzelne Geschäftsbeziehungen grundsätzlich nicht. Auch das bayerische Wirtschaftsministerium lehnte eine Auskunft ab, unter Berufung auf den Datenschutz. Nicht zu erfahren ist auch, was aus der Beteiligung nach der Insolvenz von Roth wurde.

In der veröffentlichten Bilanz ist die BayBG-Beteiligung nicht gesondert aufgeführt. Mit 19 Millionen Euro war der Umsatz von Roth International im Jahr 2022 der mit Abstand höchste der Firmengeschichte, möglicherweise dank der Einlage der BayBG. Der Gewinn im selben Jahr war gleichwohl gegenüber dem Vorjahr um rund 20.000 Euro auf nur noch 257.812 Euro gesunken.

Für das Jahr danach, 2023, verzeichnet die Bilanz dann den finanziellen Absturz mit einem Verlust in Höhe von 492.977 Euro. Ausgerechnet in diesem Jahr gab es erneut staatliches Geld für Roth International, dieses Mal von der Bezirksregierung der Oberpfalz. Ein Sprecher teilte WELT mit: „Die Firma wurde im Jahr 2023 mit Fördermitteln in Höhe von 2,1 Mio. Euro aus Mitteln der Bayerischen Regionalförderung unterstützt.“ Da steckte Roth allerdings schon in der Krise.



Verantwortlich für die Entsorgung von Windrad-Schrott sind die Betreiber der Anlagen. Gesetzliche Standards gibt es dazu bisher nicht. „Die Branche selbst arbeitet an freiwilligen Standards“, teilt der BWE-Sprecher mit. Der Fall von Roths Firma signalisiert womöglich, dass das nicht besonders gut funktioniert und die Windrad-Betreiber bei der Beseitigung ihrer alten Anlagen unter Druck stehen könnten.

Ein Insider der Entsorgungsbranche sagt: „Bei der Entsorgung von Windrädern ist man in den letzten Jahren nicht weitergekommen.“

Christoph Lemmer (<https://www.welt.de/autor/christoph-lemmer/>) ***berichtet für WELT als freier Mitarbeiter vor allem über die Politik in Bayern.***

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2025

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung –
so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>